



HESSISCHER LANDTAG

08. 08. 89

Antwort des Ministers der Justiz

auf die Kleine Anfrage des Abg. Schleicher (SPD)

betreffend Vereinbarkeit des Richteramtes mit dem Amt
eines ehrenamtlichen Beigeordneten gemäß § 4 Abs. 1 DRiG
Drucksache 12/4427

Vorbemerkung des Fragestellers:

"In der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wehretal (Werra-Meißner-Kreis) wurde am 24. April 1989 ein beim Amtsgericht Eschwege tätiger, hauptamtlicher Richter zum ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt. Der Gewählte nahm die Wahl an, ließ sich die Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten aushändigen und mit sofortiger Wirkung in das Amt als Mitglied des Gemeindevorstandes einführen. § 4 Abs. 1 Deutsches Richtergesetz verbietet jedoch neben der Wahrnehmung von Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt zugleich die Mitwirkung in der vollziehenden Gewalt auch auf kommunaler Ebene (vgl. Ausführungen hierzu im Kommentar Schmidt-Räntsch - Rd-Nr. 7,11)."

Vorbemerkung des Ministers der Justiz:

§ 4 Abs. 1 Deutsches Richtergesetz lautet:

"Ein Richter darf Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der gesetzgebenden oder der vollziehenden Gewalt nicht zugleich wahrnehmen."

In Rechtsprechung, Literatur und Praxis wird übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß auf Grund der zitierten Regelung die Tätigkeit als Berufsrichter unvereinbar ist mit der gleichzeitigen Tätigkeit als ehrenamtlicher Beigeordneter einer Kommune. Dieser Auslegung schließe ich mich an. Dabei ist der Begriff "vollziehende Gewalt" in einem sehr weiten Sinne zu verstehen. Der Richter darf auch in der Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht mitwirken. Diese weitgehenden Einschränkungen finden ihre innere Rechtfertigung darin, daß der Richter über Akte nicht nur der staatlichen, sondern auch der kommunalen Verwaltungsstellen zu befinden haben kann und keiner Behörde oder Stelle angehören sollte, in der Akte gesetzt werden, die der Richterkontrolle unterliegen. In der Rechtsprechung sind Inkompatibilitätsprobleme relativ selten behandelt worden. Die sehr weitgehende Auslegung des § 4 Abs. 1 DRiG ist deshalb nicht allgemein bekannt.

Der Vollständigkeit halber ist anzumerken, daß die Frage der Zulässigkeit der schlichten Mitgliedschaft von Berufsrichtern in kommunalen Vertretungskörperschaften unterschiedlich beurteilt wird.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Hat der Richter vor seiner Wahl mit Stellen seiner Dienstaufsicht die Zulässigkeit seines Handelns erörtert, und wurde ihm gegenüber das Nichtvorliegen der Inkompatibilität erklärt?

Ich habe den die Dienstaufsicht führenden Präsidenten des zuständigen Landgerichts um Bericht gebeten. Daraus ergibt sich, daß der Richter vor seiner Wahl sowohl bei der Kommunalaufsicht des Landrates des Werra-Meißner-Kreises als auch über den Bürgermeister der Gemeinde Wehretal beim Hessischen Städte- und Gemeindetag Erkundigungen über die Zulässigkeit seiner beabsichtigten Tätigkeit eingeholt hat. Von beiden Stellen ist ihm mitgeteilt worden, daß Bedenken gegen seine Tätigkeit als Beigeordneter nicht bestehen.

Der Richter hat dem Präsidenten des Landgerichts mit Schreiben vom 18. April 1989 unter Bezugnahme auf § 79 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Beamtengesetzes angezeigt, daß er voraussichtlich in der Sitzung der Gemeindevertretung am 24. April 1989 zum ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt werde. Auf die Anzeige hin ist vom Präsidenten des Landgerichts nichts veranlaßt worden, da er gegen die Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit keine Bedenken hatte.

Frage 2. Welche rechtlichen Schritte werden eingeleitet, um den gesetzwidrigen Zustand zu beseitigen?

Der Richter ist auf dem Dienstwege gebeten worden, die unter Berücksichtigung der Rechtslage gebotene Konsequenz der Amtsniederlegung zu ziehen.

Frage 3. Hat es in Hessen bisher bereits ähnlich Fälle gegeben, in denen Richter gegen das Verbot des § 4 Abs. 1 Deutsches Richtergesetz verstoßen haben, und welcher Art waren diese Fälle?

In der Zeit nach der Kommunalwahl vom Frühjahr diesen Jahres hat es zwei weitere ähnliche Fälle gegeben. Beide Richter sind von dritter Seite auf die Bedenken im Hinblick auf § 4 Abs. 1 DRiG hingewiesen worden und haben durch die Niederlegung ihres Ehrenamtes die Konsequenzen gezogen. Darüber hinaus sind aus der Mitte der 70er Jahre zwei weitere Fälle bekannt, in denen Richter zu ehrenamtlichen Stadträten gewählt worden sind. Während der betroffene Richter in einem Fall sein Amt nach Hinweis durch Aufsichtsbehörde niedergelegt hat, sind in dem anderen Fall entsprechende Hinweise und Amtsniederlegung offensichtlich nicht erfolgt.

Wiesbaden, den 28. Juli 1989

Koch